

Pannermayr: Kommunen brauchen Beinfreiheit und finanzielle Spielräume

- *In der Notlage helfen übergangsweise reduzierte Standards bei Kinderbetreuung.*
- *Fesseln des Förderwesens müssen gelockert und Verfahren vereinfacht werden.*

Die Erfahrungen mit den Fluchtbewegungen im Jahr 2015, der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg haben laut Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, gezeigt: „**Das, was in der Welt passiert, fällt letztlich zur Lösung auf kommunaler Ebene an. Die kommunale Ebene hilft tatkräftig bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges. Ein Fundament für das Krisenmanagement ist eine stabile Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Kommunen angemessen finanziell ausgestattet sein. Die Herausforderungen des Ukraine-Krieges verursachen bei Städten und Gemeinden hohe Kosten. Die Kommunen brauchen Beinfreiheit für schnelles Handeln und finanzielle Spielräume. Die Finanzierung von immer neuen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben muss gesichert sein. Es kommen hohe Anforderungen an die Integrationsfähigkeit der Kommunen – dies erfordert Kraft, Ausdauer und Geld. Gute Lösungen gelingen dann, wenn die kommunale Ebene frühzeitig auf Augenhöhe in staatliche Entscheidungen eingebunden ist und im praktischen Vollzug von Lösungen mitgenommen wird.**“

Eine zentrale Frage ist der Zugang zum Arbeitsmarkt, der möglichst unkompliziert erfolgen muss, sagt Pannermayr: „**Viele Ukrainerinnen, die mit ihren Kindern zu uns kommen, wollen ihren Lebensunterhalt selbst stemmen, um nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein: Das bedeutet, dass Mütter Betreuung für ihre Kinder brauchen. Personal- und Raumstandards in Kitas müssen für eine Übergangszeit zügig gelockert und Richtlinien praktikabel gestaltet werden, damit unkompliziert und schnell in der aktuellen Notlage Kinder betreut werden können.**“

Herausforderungen stellen sich an Kitas und Schulen, sagt Pannermayr: „**Kinderbetreuung steht bereits unter hohem Druck. Erziehungspersonal fehlt, die Kapazitäten bei Räumlichkeiten sind schon jetzt erschöpft. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreu-**

ung für Kinder bis sechs Jahren lässt sich in der Praxis bereits jetzt nur schwer erfüllen. Ähnliche, vor allem personelle und räumliche Engpässe zeichnen sich für den geplanten Ganztagsanspruch für Grundschulkinder ab.“ In Anbetracht der Notsituation sollten die Gruppenzahlen für Kinderbetreuung vorübergehend angepasst werden, um mehr Kinder unterbringen zu können. Zu überlegen ist, inwieweit ukrainische Kräfte für Kinderbetreuung oder Unterricht eingesetzt werden können. Hier wäre mehr Flexibilität hilfreich. Insgesamt sollten staatliche Regelungen mehr Spielraum für Improvisation ermöglichen.

Pannermayr fordert mehr kommunale Beifreiheit und mehr Vertrauen in Städte und Gemeinden. Als wichtigen Bereich markiert er das kleinteilige Förderwesen: „**Die Fesseln eines überbordenden Förderwesens mit komplexen Regelwerken müssen gelockert werden. Die Fülle an differenzierten Förderprogrammen muss reduziert, die Verfahren standardisiert und vereinfacht werden. Allein schon der Antrag auf ein Förderprogramm bindet Personal und zieht Kosten nach sich, die oft in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.**“ Im Lauf der Jahre wucherte ein Förderdschungel aus Programmen von EU, Bund und Freistaat. Um ein Förderprogramm zu nutzen, müssen Kommunen vielfältige Auflagen erfüllen und Anforderungskataloge bearbeiten – oft begleitet von Gutachten, komplizierten Planungsschritten und einer Fülle an prüfenden Stellen bei Bezirksregierungen oder Fachbehörden, die ebenfalls unter Personalmangel leiden.

Kommunale Bauämter, Kämmereien, Jugendämter und Schulreferate stoßen in Anbetracht der Vielfalt von spezialisierten Förderprogrammen an ihre Grenzen. Komplexe Vorgaben des Vergaberechts, das vielfach eine europaweite Ausschreibung erfordert, erschweren eine zügige Abwicklung. Das enge Zeitkorsett, differenzierte Auflagen und häufig wechselnde Anforderungen hemmen die Umsetzung, sagt Pannermayr: „**Kommunen brauchen Kontinuität und Verlässlichkeit von Programmen. Die kommunale Investitionskraft sollte grundlegend mit höheren Pauschalen oder Fördersätzen im kommunalen Finanzausgleich gestärkt werden, um Schulen, Kindergärten, Kindertagesbetreuung, Radwegebau und Nahverkehr als Daueraufgaben auszubauen. Das sorgt für Planungssicherheit und reduziert Bürokratie.**“